

Abklärungen getroffen OSZE-Wahlexperten in Liechtenstein

VADUZ Im Vorfeld der Landtagswahl vom Februar 2021 stellten Experten des OSZE-Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) Liechtenstein am 24. und 25. November einen offiziellen Besuch ab. Das teilte das Ministerium für Äusseres, Justiz und Kultur am Donnerstag mit. Wie auch in anderen OSZE-Teilnehmerstaaten üblich, klärten die Experten dabei den Bedarf für eine internationale Wahlbeobachtung. Sie trafen sich in Vaduz mit Vertretern von Regierung und Verwaltung, Parteien, Pressevertretern, Zivilgesellschaft und weiteren, in die Landtagswahl involvierten Organisationen und Personen. ODIHR ist insbesondere bemüht sicherzustellen, dass im ganzen OSZE-Raum Wahlen frei und fair durchgeführt werden und im Wahlvorgang demokratische Grundfreiheiten wie politischer Pluralismus, Transparenz und Medienfreiheit respektiert werden. In der Vergangenheit fanden derartige Bedarfsabklärungen bereits vor den Landtagswahlen 2009 und 2017 statt. Beide Male sah ODIHR keine Notwendigkeit für die Entsendung von Wahlbeobachtern. (red/ikr)

«Volksmund»

Zu schön, zu urchig, um in Vergessenheit zu geraten

SCHAAN Das «Volksblatt» stellt in loser Folge Dialektbegriffe vor, die der jüngeren Generation mitunter nicht mehr geläufig sein dürften. Natürlich greifen wir auch hierbei gerne auf das diesbezüglich breite Wissen unserer Leserschaft zurück. Kritik, Lob und Vorschläge sind willkommen - und erreichen uns hier: redaktion@volksblatt.li. (red)



Gumsla

TOLLPATSCHIGE FRAU
MEI, BISCH DU A GUMSLA ...

Aus der Region

Lastwagen verliert Doppelräder auf der Autobahn A 13

DOMAT/EMS Ein Lastwagen hat am Mittwoch auf der Autobahn A 13 zwischen Domat/Ems und Chur die Doppelräder links an der hintersten Achse verloren. Ein Rad rollte alleine mehrere Hundert Meter weit. Der Chauffeur hatte auf der Fahrt Richtung Chur ein Vibrieren am Lastwagen bemerkt. Wie die Kantonspolizei Graubünden am Donnerstag mitteilte, sackte das Fahrzeug danach hinten links ein wenig ab, weil es die Räder verloren hatte. Der Lastwagen kam nach gut hundert Metern zum Stillstand. Eines der beiden Räder blieb rechts der Leitplanke liegen. Das andere rollte weiter und blieb erst 300 Meter vor dem Lastwagen stehen. Verletzt wurde beim Vorfall niemand. (sda)

ANZEIGE



aPaper.volksblatt.li

Jäger Martin Seger entschlossen: «System muss geändert werden»

Jagd Der Ökologische Jagdverein hat in einem Schreiben an das Ministerium seine Mithilfe angeboten, sollten die Abschusszahlen heuer nicht erreicht werden. Die Absage des Ministeriums wertet Präsident Martin Seger als weitere Hinhaltetaktik.

VON SILVIA BÖHLER

«Volksblatt»: Herr Seger, wie haben Sie die Absage des Ministeriums aufgenommen?

Martin Seger: Wir waren sehr verwundert, dass wir zweieinhalb Monate nach der Eingabe des Schreibens, die Absage aus der Zeitung erfahren mussten. Inhaltlich verwundert mich die Absage allerdings nicht. Die Verweigerungs- und Hinhaltetaktik zieht sich wie ein roter Faden durch viele Jahre. Man spielt auf Zeit, damit sich nichts ändern muss.

Können Sie die Gründe des Ministeriums für die derzeitige Absage nachvollziehen?

Nein, das Ministerium will bis Mitte diesen Dezember abwarten und dann entscheiden, ob weitere Jäger hinzugezogen werden. Dann hat es im Kerngebiet des Rotwildes, sprich hinter dem Tunnel, aber bereits Schnee und es sind keine Abschüsse mehr möglich. Somit hat man wieder ein Jahr gewonnen, beziehungsweise verloren in Bezug auf den Tierschutz und den Waldumbau.

Warum hat Ihr Verein bereits Mitte September ein Schreiben an das Ministerium gerichtet?

Mit Stand 10. November 2020 wurde gemäss Ministerium eine Abschussquote von 41 Prozent beim Rotwild erreicht, beim Gamswild sind es 56 Prozent. Doch bereits im September 2020 war abzusehen, dass man nicht auf Kurs ist. Damals wäre der richtige Zeitpunkt gewesen, um zu reagieren, was aber offensichtlich verabsäumt wurde. Mitte Dezember ist es zu spät. Im vergangenen Jahr wurde die Jagdsaison ebenfalls verlängert. Doch in den 14 Tagen gab es nur wenige Abschüsse und der Erfolg war vor allem im Kerngebiet bescheiden. Wenn die Regierung dieses Vorgehen unter denselben Rahmenbedingungen nochmals wiederholt, habe ich dafür kein Verständnis. Zudem stellt sich die berechtigte Frage, ob sich die Jagdleiter der Berggebiete nicht - wie schon geschehen - entgegen dem Beschluss der Regierung, der Jagd verweigern. Unser Antrag basiert auf dem Artikel 10 der Verordnung über den Abschussplan für das Jahr 2020/2021. Die Regierung hat alles zu unternehmen, um die Abschüsse zu erfüllen. Das ist offensichtlich unter den gegebenen Umständen nicht möglich und politisch nicht gewollt.

Im Kerngebiet gibt es Reviere mit einem Durchschnittsalter von rund 70 Jahren. Ich glaube sogar, dass diese Jäger ihr Möglichstes tun, aber das ist nicht das Möglichste, was getan werden könnte, wenn jüngere integriert würden.

Warum denken Sie, wird hier auf Zeit gespielt?

Im Februar stehen Landtagswahlen an, bis dahin wird wohl nicht mehr allzu viel passieren. Die neue Regierung muss sich dann zuerst einarbeiten, im Herbst stehen aber schon die Neuverpachtungen der Reviere an. Das heisst, wenn man nicht ernsthaft dahinter ist, wird sich wieder nichts ändern. Das Ziel der Pächter scheint klar, die Reviere sollen wieder unter denselben Bedingungen verpachtet werden wie bisher. Das heisst konkret, wenn sich die Grundeigentümer nicht einig sind, gibt es wieder eine Versteigerung und derjenige mit der grössten Geldtasche wird wieder die grösste Jagd erhalten. Unserer Ansicht nach, sollte aber das Geld bei der Jagd keine Rolle spielen, schon gar nicht bei ei-

nem derart hohen Wildbestand und schlechten Waldzustand.

Sondern?

Die Verantwortung der Jagd liegt bei der Regierung und die Jäger sind eigentlich mithelfende Jäger im Auftrag der Regierung. Sie erbringen dem Staat eine Dienstleistung und regulieren den Wildbestand im Interesse der Gesellschaft. Der Schaden, der entsteht, wenn nicht den Vorgaben entsprechend gejagt wird, steht in keinem Verhältnis zur Jagdpacht. Wieso deshalb eine Pacht verlangt wird, ist mir unerklärlich. Wenn ein mithelfender Jäger diese Dienstleistung übernimmt, dann sollte er nicht dafür bezahlen müssen. Im Gegenzug, darf der Staat natürlich auch etwas einfordern.

Und das wäre?

Der Jäger muss sich an die Gesetze und den Tierschutz halten, bereit sein, sich weiterzubilden und einen Schiessnachweis erbringen. Anstatt einer Trophäenschau, die auch der Selbstdarstellung dient und heute nicht mehr zeitgemäss ist, wäre das Geld besser in die Weiterbildung der Jäger investiert.

Entscheidet das Geld, haben die Jungen wahrscheinlich weniger Chancen, ein Revier zu ergattern.

Es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder verlängern jene Revierpächter mit einem Durchschnittsalter von 70 nochmals um neun Jahre, dann wäre aber wahrscheinlich keine Leistungssteigerung bei den Abschüssen zu verzeichnen, oder es kommen neue Jäger ins Revier, die dann aber nicht auf die Erfahrung der alten Jäger aufbauen können. Beide Varianten sind schlecht und nicht zum Wohle des Landes. Wir wollen die alteingesessenen Jäger auf keinen Fall ausschliessen, deren Wissen soll nicht verloren gehen - wir sind für ein Miteinander, auch für ein Miteinander mit den Grundeigentümern. Man muss hier dazusagen, dass es zwischen Kern- und Talgebiet deutliche Unterschiede gibt. Im Talgebiet werden zum Teil vorbildlich junge Jäger eingebunden, im Kerngebiet ist das überwiegend nicht der Fall. Dort sollte aber der Bestand des Rotwildes vornehmlich reguliert werden.

Warum werden Ihrer Meinung nach die Abschusszahlen nicht erreicht? Hier muss man auch zwischen Tal- und Berggebiet unterscheiden. Zum Beispiel im Pirschwald wird gute Arbeit geleistet, auch in Triesenberg, Balzers und dem Revier Alpila. Dort, wo man am weitesten von den Abschusszahlen entfernt ist - im vergangenen Jahr rund 40 Prozent vom vorgegebenen Abschussplan - ist im Berggebiet, wie etwa im Pachtgebiet Sass. Das Gebiet ist gleichzeitig auch eines der teuersten Reviere im Land. Jene, die für ein Jagdrevier viel Geld bezahlen, jagen nicht immer im Interesse der Gesellschaft, sondern auch im Eigeninteresse für Trophäen. Hier geht es um die sogenannte Herrenjagd.

Können Sie das genauer erklären?

Um Trophäen zu erhalten, benötigt es viel Wild. Ein Brunftplatz ist nur dann mit Hirschen gut gefüllt, wenn es auch viele weibliche Tiere hat. Wildbiologen stellen fest, dass bei dieser Jagdart im Frühling/Sommer auf eine Jagd von weiblichen Tieren weitestgehend verzichtet wird. Um

Können Sie das genauer erklären?

Um Trophäen zu erhalten, benötigt es viel Wild. Ein Brunftplatz ist nur dann mit Hirschen gut gefüllt, wenn es auch viele weibliche Tiere hat. Wildbiologen stellen fest, dass bei dieser Jagdart im Frühling/Sommer auf eine Jagd von weiblichen Tieren weitestgehend verzichtet wird. Um

die Abschusszahlen bis zum Ende des Jahres zu erfüllen, reicht dann aber die Zeit nicht mehr aus. Alle die Tiere, die hinter dem Tunnel nicht erlegt werden, stehen dann aber, sobald der Schnee kommt, im Triesenberger Schutzwald. Doch dann ist die diesjährige Jagdzeit zu Ende. Man kann also sagen, was im Frühling oder Herbst nicht erlegt wird, steht im Winter im (Schutz-)wald.

Im Pachtvertrag von 2004 wurde von der Jagdgemeinschaft Sass unterschrieben, dass so viel Wild erlegt werden muss, dass der Wald auf natürliche Weise aufkommen kann. Im Pachtvertrag von 2012 wurde das Ziel erneuert. Heute, im Jahr 2020, diskutieren wir immer noch über denselben «Missstand». Auch wenn sich die Politiker an der Spitze änderten, in der Jagd änderte sich bis dato nicht viel.

Nun heisst es aber, dass besonders aus Vorarlberg immer wieder neues Rotwild den Bestand in Liechtenstein auffüllt. Eine Sisyphusarbeit, die kein Ende findet.

Das ist eine Sisyphusarbeit, weil es in Vorarlberg und Liechtenstein ganz unterschiedliche Interessen gibt. Vorarlberg hat ausreichend Fläche, um das Rotwild mit Fütterungen in den Seitentälern zu halten. Der Wald im Nenzinger Himmel spielt keine bedeutende Rolle, wenn dort eine Mure abgeht, besteht für niemanden Gefahr. Bei uns hingegen ist der Schutzwald existenziell.

Die Regierung will künftig auf staatliche Wildhüter setzen, die die Pächter unterstützen sollen.

Glaut man den Aussagen der Förster, ist es im Wald fünf Minuten vor zwölf. Mit vier Wildhütern ist es nicht getan. Um wirklich etwas zu bewegen, benötigt es alle willigen und qualifizierten Jäger und Jägerinnen. Seit Jahrzehnten üben die Jäger rund acht Monate lang Dauerdruck auf das Wild aus. Im Meile-Gutachten vom Jahr 2000 steht, dass wir in Liechtenstein aufgrund des hohen Jagddruckes tierquälerische Zustände haben. In den vergangenen 20 Jahren hat sich daran nicht wesentlich etwas geändert. Stattdessen wird beklagt, dass das Wild nicht sichtbar ist. Ich sage dazu nur: Nicht verwunderlich, wenn die Jäger fast das ganze Jahr unterwegs sind. Das Meile-Gutachten empfiehlt ganz klar eine kürzere Jagdzeit. Wir stellen die Wildhüter nicht generell in Frage, jeder Schweizer Kanton, der Luchse, Wölfe, Biber oder Kormorane hat, hat auch Wildhüter. Ob es allerdings vier sein müssen, ist fraglich.

Wie sieht Ihr Lösungsvorschlag aus?

In Graubünden beträgt die Jagdzeit 21 Tage plus einzelne Tage Sonderjagd. Dort wird in kurzer

Zeit eine grosse Anzahl von Wild erlegt und dann hat das Wild wieder seine Ruhe und ist auch sichtbar. So sieht für mich eine effiziente Jagd aus - eine kurze Jagdzeit mit mehr Jägern und anschliessend wenig Störung für die Tiere, das muss das Ziel sein. Ich sage nicht, dass es eine Patentjagd geben soll oder dass die Jagd nur fünf Wochen dauern soll. Aber es muss doch etwas zwischen fünf Wochen und sieben Monaten (plus Sonderjagd) geben. Und: Es sollten drin-

«Auch wenn sich die Politiker an der Spitze änderten, in der Jagd änderte sich bis dato nicht viel.»

gend junge Jäger und Jägerinnen integriert werden. Jeder qualifizierte sollte die Chance erhalten, im Land als Gleichberechtigter auf die Jagd zu gehen, geld- und politunabhängig. Das System muss grundlegend geändert werden.

Wären die Abschlüsse erfüllt, hätten unsere Forderungen keine Legitimation. Keine Erfolgswahlen im Kerngebiet, Jagdverweigerung und der Ausschluss von Jagdwilligen waren der Nährboden für die Gründung des Ökologischen Jagdvereins. Wir bleiben dran.



Martin Seger ist Präsident des Ökologischen Jagdvereins. Er will sich für eine gerechte Jagdverpachtung, bei der auch junge Jäger Chancen erhalten, einsetzen. (Foto: MZ)